

(Abgeordneter Schwager.)

(A) Diese Tatsache bestimmt wohl auch die Konservativen zu ihrer ablehnenden Haltung. Denn der Herr Abgeordnete Dr. Mangler hat früher einmal in diesem Hohen Hause erwähnt, sobald der Landtag beginne, fange das Volk an unruhig zu werden.

(Hört, hört! links. — Heiterkeit.)

Das Symptom also, das die Konservativen als Unruhe empfinden, können wir nicht so deuten. Wir müssen es mit Freuden begrüßen, wenn jetzt das sächsische Volk eine erhöhte Teilnahme am Staatsleben zeigt.

(Sehr richtig! links.)

Das kann auch für die Regierung nur von Vorteil sein. Sie muß ein großes Interesse daran haben, daß die gesetzgeberischen Arbeiten der Regierung und des Landtages eine höhere Beachtung finden als bisher und daß unser Volk alle Faktoren unseres Staatslebens mehr und mehr würdigen lernt.

Meine Herren! Auf manchen Seiten besteht nun auch eine große Abneigung gegen die fortschreitende Politisierung unseres Volkes. Aber diese Entwicklung wird sich nicht nur nicht aufhalten lassen, sondern sie ist von unserem Standpunkte aus lebhaft zu begrüßen. Wir haben dabei allen Anlaß, alle Bestrebungen, die auf eine Politisierung hinauslaufen, in eine gesunde Bahn zu lenken und nicht künstlich aufzuhalten. Mit Klagen über Auswüchse und Schattenseiten unseres parlamentarischen Lebens und Tadel der kritischen Neigung unseres Volkes kommt man nicht weiter. Wir dürfen auch nicht vergessen: hinter der Politik steht auch der Wille, vorhandene Schäden zu bessern.

(B) Meine verehrten Herren! Wenn Sie unseren Antrag ablehnen sollten, so kommen Sie mit einer solchen Haltung den berechtigten Wünschen unseres Volkes nicht entgegen.

(Sehr richtig! links.)

Das ist ganz gewiß. Die Gründe, die bisher gegen unseren Antrag ins Feld geführt worden sind, können wir nicht als durchschlagend anerkennen. Wenn die zweijährigen Tagungen den heutigen Bedürfnissen nicht mehr gerecht werden, wieviel weniger lassen sich unter solchen Verhältnissen die Aufgaben lösen, die in absehbarer Zeit in Angriff genommen werden müssen! Ich erinnere an die Reform der Ersten Kammer, die großen sozialen Gesetzesvorlagen für unsere Beamten und Staatsarbeiter. Auch die Volksschulreform muß wiederkommen. Eine durchgreifende Reform unserer gesamten Verfassungs- und Verwaltungsgesetze ist ebenfalls schon sehr oft angeregt worden.

(Abgeordneter Günther: Sehr richtig!)

(C) Ohne Einführung alljährlicher Tagungen werden wir die Aufgaben niemals voll lösen können. Das meiste wird wieder Flickwerk und Stückwerk bleiben, statt daß wir in-stand gesetzt werden, ganze Arbeit zu leisten. Ich meine, schon solche Erwägungen sollten Sie von der Richtigkeit unseres Antrages überzeugen. Die Entwicklung wird uns auch in dieser Frage wie in so vielen anderen recht geben, sie wird zeigen, daß wir mit unserem Antrage auf dem rechten Wege sind.

Meine Herren! Ich möchte nunmehr am Schlusse meiner Ausführungen beantragen:

„Die Kammer wolle beschließen, den vorliegenden Antrag 19, die alljährliche Einberufung des Landtages betreffend, unter Abstandnahme von Referenten und Korreferenten in sofortige Schlußberatung zu nehmen.“

(Bravo!)

Präsident: Ich frage, ob der Antrag unterstützt wird. — Hinreichend.

Ich halte es für wünschenswert, daß die Frage, ob wir dies beschließen wollen, erst noch abhängig gemacht wird von dem Vortrage des nächsten Antrages, Castan und Genossen. Dann werde ich die Abstimmung vornehmen lassen, ob die Kammer die Schlußberatung mit der Vorberatung dieser Anträge verbinden will. (D)

Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Illge als Antragsteller des anderen Antrages das Wort.

Abgeordneter Illge: Meine Herren! Der Antrag, den eben der Herr Abgeordnete Schwager begründet hat, ist in diesem Hause schon wiederholt behandelt worden. Schon ehe der Landtag, der auf Grund des Pluralwahlsystems gewählt worden ist, zusammentrat ist dieser Antrag von dem Herrn Abgeordneten Günther gestellt und begründet worden. Aber die Fortschrittliche Volkspartei hat nicht immer dieselbe Stellung zu dieser Frage eingenommen. Als der Herr Abgeordnete Günther den Antrag auf alljährliche Einberufung des Landtages zum ersten Male begründet hat, erklärte er es für ganz selbstverständlich, daß mit der jährlichen Einberufung des Landtages alljährliche Etatperioden verbunden sein sollten. Aber es ist dann späterhin die Fortschrittliche Volkspartei von diesem Standpunkte zurückgekommen. Im Landtage vor vier Jahren ließ es die Fortschrittliche Volkspartei unentschieden, sie wollte es abhängig gemacht haben von dem Willen des Landtages, ob mit der jährlichen Berufung des Landtages jährliche Finanzperioden verbunden sein sollten. Aber im letzten Landtage, als der Herr Abgeord-